

# Calmer Tagblatt

Nr. 262.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verlagspreis: In der Stadt mit Tragelohn 12.00, vierteljährlich 36.00, halbjährlich 68.00, jährlich 120.00. — Abnahme bis zum 1. Oktober 1921.

Mittwoch, den 9. November 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Tragelohn 12.00, vierteljährlich 36.00, halbjährlich 68.00, jährlich 120.00. — Abnahme bis zum 1. Oktober 1921.

## Neueste Nachrichten.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern nach Erledigung einiger Anfragen mit der Weiterberatung der neuen Steuergesetzentwürfe. Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Hermes ist die am 15. November fällige Rate der Reparationen von 375 Millionen Goldmark durch Sachleistungen abgegolten.

Der Landtag in Thüringen hat das Reformationsfest als gesetzlichen Feiertag aufgehoben, ebenso die Bußtage, dagegen den 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt.

Der sächsische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung gegen die Stimmen der Bürgerlichen einen linksradikalen Antrag an, die Regierung zu ersuchen, dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den es den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage erklärt.

Die Durchführung des Diktats von Genf-Paris hat mit der Aufnahme der Tätigkeit der Grenzfestsetzungskommission begonnen.

Am 4. Jahrestag der Revolution in Rußland erklärt die Sowjetregierung eine Amnestie für die gemeinen Soldaten der ehemaligen gegenrevolutionären Truppen.

Der Bundeskanzler und der amerikanische Kommissar haben die Ratifikationsurkunden des amerikanisch-österreichischen Friedensvertrags ausgetauscht, der damit gestern in Kraft trat.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Nov. Im Reichstag fand heute zunächst eine große Anzahl Anfragen Erledigung. Die Regierung erklärte dabei u. a., daß in einem Nachtragsetat 100 Millionen zur Milderung der Not der Kleintrentner eingestellt seien. Bezüglich der Erhöhung der Steuern und der Kriegsschuldener und Kriegshinterbliebenen verweist die Regierung auf die bevorstehenden Ausschussverhandlungen und erklärte, daß von den vom Reichstag bewilligten Mitteln 580 Millionen für die Verbesserung der Lage der Kriegssopfer verwendet worden seien, daß aber bei der Beschränkung der Mittel nur die wirklich Notleidenden, die Schwerbeschädigten und die Hinterbliebenen berücksichtigt werden konnten. Was die Erhöhung der Beiträge der Altrentner der Sozialversicherung anlangt, so werde dem Reichstag mit größter Beschleunigung eine Vorlage zugehen. Die Erklärung der Regierung, daß sie eine von den deutsch-nationalen Anhängern als Tendenzschrift bezeichnete Broschüre des Abg. Adolf Rötter „Könnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?“ billige und deren Verbreitung unterstütze, rief auf der Rechten Lärm hervor. — Dann trat das Haus in die Fortsetzung der Besprechung der neuen Steuerentwürfe ein. — Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte, daß die Entwürfe der Steuerentwürfe stelle ein Preisrätsel dar. Die Entwürfe liefen Klarheit, Ziele und Absicht vermissen. Wenn das Reich nun auch in die Grund- und Sondersteuern eingreife, nehme es den Ländern die letzten Hilfsquellen. Der Redner ging auf die Bedürfnisse des Reiches ein und verlangte wieder die alte preussische Sparpolitik, denn noch heute seien bei Post und Eisenbahn Schenkungen von Beamten zuviel befristet. Seine Partei könne sich nicht an den Steuern selbst, sondern nur an der Art und Weise, wie sie erhoben werden sollten. Sie stimme mit dem Zentrum darin überein, daß der Berechnung der Ertragswert und nicht der Grundwert zugrunde zu legen sei. Sie werde auch nicht die Hand dazu bieten, daß durch die Erfassung der Sachwerte das Sachvermögen ebenso bestimmt werde wie das Kapitalvermögen durch das Sinken der Kurse. — Abg. Herx (U. S. B.) kritisierte ebenfalls die Steuerentwürfe und verlangte sofortige Einziehung des Reichsnotopfers in drei beschleunigten Raten, schnelle Einziehung aller bisherigen Steuern, sofortige Verabschiedung der Kapitalerwerbsteuer mit Abschaffung der Sätze für die Dividendensteuer eine Dividendensteuer von 15 Proz., eine Erhöhung der Einfuhrabgabe bis 4 Proz. und Einziehung der von Deutschen im Ausland deponierten Dividenden. — Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte auf die Frage, ob die Regierung noch weitere Steuerpläne, besonders solche mit Bezug auf die Erfassung der Goldwerte habe, daß die Regierung Steuern erlasse, wo sie sie bekomme, daß sie aber von Industrie und Landwirtschaft positive Vor schläge erwarte. Obwohl er die Unmöglichkeit der Erfüllung einsehe, trete er doch für die Anspannung aller Kräfte ein, um zu versuchen, das zu erfüllen, was wir können. Eine Illu-

## Die Regelung des Börsenverkehrs.

Berlin, 8. Nov. Der Börsenvorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß vom 1. Dezember d. J. ab in Dividendenwerten nur Aufträge von 5000 Mark und dem Mehrfachen davon, bzw. soweit es sich um Aktien mit Stück von 600 bis 1200 Mark handelt, von 6000 Mark und dem Mehrfachen hiervon von den Kurdmaklern zur Ausführung angenommen werden dürfen und daß nur Geschäfte in diesem Betrag Anspruch auf Berücksichtigung bei der amtlichen Kursfestsetzung haben.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat gestern, wie die Blätter melden, dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß der Handel mit Devisen usw. an die Banken gebunden sein soll. Also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen. Ferner sind die Banken verpflichtet, über jedes abgeschlossene Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schluß Schein auszustellen. Dieser Schlußschein muß den Finanzämtern überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

tionsspolitik sei das nicht. Die am 15. November fällige Rate der Reparationen von 375 Millionen Goldmark sei durch Sachleistungen abgegolten. — Abg. Höllein (Komm.) erklärte, die Steuervorlagen der Regierung seien nicht geeignet, alle Steuerquellen zu erschöpfen. Sie richteten nur den Arbeiter zugrunde und seien insoweit ein Raubbau an der deutschen Kraft. Nach einer Polemik gegen rechts und besonders gegen die Sozialdemokratie erklärte der Redner, daß seine Partei die neuen Verbrauchssteuern auf schärfste bekämpfen werde. — Der Abg. Dr. Geyer (Komm. Arb.-Gem.) äußert sich in ähnlichem Sinne. — Schließlich wurden die sämtlichen Steuerentwürfe drei verschiedenen Ausschüssen überwiesen und die nächste Sitzung auf Donnerstag Nachmittag 1 Uhr anberaumt, in der die Interpellation über die Deutschen Werte und der Entwurf zur dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes zur Beratung kommen.

## Konfliktgefahr im Saargebiet.

Saarbrücken, 8. Nov. In der auf heute vormittag angeordneten Stadtverordnetenversammlung, die zu der Regelung der Besoldung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streik geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Abgeordnete Schäfer im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß die Stadtverordnetenversammlung nach wie vor auf ihrem Entschluß bestehe. Das Verbot der Regierungskommission, diesen Beschluß auszuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Mark an die Beamten, Angestellten und Arbeiter auszuführen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwingt die Stadtverordnetenversammlung sich beschwerdeführend an den Völkerratsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In dem einen Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Aufsichtsrecht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt Präsident Raut unter Bezugnahme auf dieses erste Schreiben mit, daß er der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit geben wolle, von ihrem Beschluß abzugehen und der Verordnung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von achtundvierzig Stunden kein entsprechender Beschluß gefaßt worden sein, so lege er sich gezwungen, infolge der durch den Streik geschaffenen unheilvollen Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Darauf gab Stadtverordneter Schäfer folgende Erklärung ab: „Ich spreche im Namen meiner Fraktion, wenn ich sage, daß wir bei dem bleiben, was wir vorher erklärt haben, und es der Gewalt überlassen, die Angelegenheit zu regeln.“ In ähnlichem Sinne sprachen sich die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft und das Zentrum aus. Dann wurde über folgende zwei Anträge abgestimmt: 1. Soll der interfraktionellen Erklärung zugestimmt werden? 2. W. d. d. Verlangen der Regierungserklärung abgelehnt? Gegen 5 kommunistische und unabhängige Stimmen

wurde der interfraktionellen Erklärung zugestimmt und im gleichen Stimmverhältnis das Verlangen der Regierungskommission abgelehnt. Darauf verließen die Stadtverordneten unter Protest den Saal.

Saarbrücken, 7. Nov. Außer den Straßenbahnen, die seit gestern im Streik stehen, um die Durchführung des Stadtverordnetenbeschlusses betreffend Gehaltserhöhung zu erreichen, sind heute auch andere städtische Angestellte und Arbeiter in den Ausstand getreten, so z. B. die städtische Müllabfuhr und die städtischen Betriebswerke. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch findet zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens keine Belieferung mit Gas und Elektrizität statt. Die Stadt liegt in völligem Dunkel. Die meisten Geschäfte haben geschlossen.

Saarbrücken, 8. Nov. Zu dem Streik ist berichtigend nachzutragen, daß die Straßenbahnen, die mit dem Ausstand begonnen haben, nicht in den Streik getreten sind, um dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf eine durchschnittlich fünfprozentige Lohnerhöhung in Mark Geltung zu verschaffen, sondern um die Franken-Belohnung zu erreichen, für die sie sich bei der Abstimmung mit großer Mehrheit ausgesprochen haben.

## Die Durchführung des Diktats von Genf-Paris.

Bon der Tätigkeit der Grenzfestsetzungskommission. Berlin, 9. Nov. Wie die Blätter mitteilen, hat die Grenzfestsetzungskommission für Oberschlesien in der vorigen Woche in Opatowitz ihre Arbeiten aufgenommen. Sie setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen: aus dem französischen General Dubont als Vorsitzender, je einem französischen, britischen und italienischen Mitglied, aus dem deutschen Mitglied v. Treutler und dem polnischen Mitglied Scembock. Der Vorsitzende der Kommission hat von der Vorsitzerteneigenschaft Anweisung erhalten, die Grenze so festzulegen, daß bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Die Kommission hat nicht das Recht, größere Grenzveränderungen vorzunehmen, sondern muß sich streng an die Entscheidung von Genf halten. Ein Austausch von Wirtschaften ist nur möglich im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen. Die Grenzfestsetzung widelt sich in drei Etappen ab: in der Absteckung des nördlichen, des südlichen und des Stüdes im Industrieviertel. Die Festsetzung der Grenze für das nördliche Stüd ist vorige Woche beendet worden. In dieser Woche erfolgt die Absteckung des südlichen Grenzstücks und in der nächsten Woche die Absteckung der Grenzen im Industrieviertel.

## Das ober-schlesische Autonomiegesetz.

Berlin, 9. Nov. Zu der Blättermeldung, nach der die Durchführung des ober-schlesischen Autonomiegesetzes zweifelhaft sei, erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß weder die Reichsregierung noch die preussische Staatsregierung daran denken, der Durchführung des Autonomiegesetzes Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Gegenwärtig werden lediglich die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz beraten.

## Die mitteleuropäische Krise.

### Vom tschechisch-polnischen Abkommen.

Prag, 8. Nov. Dem „Bonednik“ zufolge enthält das tschechisch-polnische Abkommen eine Bestimmung, wonach sich die beiden Staaten in Angelegenheiten, woran einer von ihnen nicht direkt interessiert ist, gegenseitige Neutralität verbürgen, während sie sich in den beiden Republiken berührenden Fragen gegenseitig unterstützen sollen. Das Abkommen ist nicht gegen Rußland gerichtet. Es enthält keinerlei territoriale Bestimmungen. Die Tschechoslowakei übernimmt keine Pflichten für die Ostgrenzen Polens, sie verpflichtet sich jedoch sich in die ostpolnischen Probleme nicht einzumischen.

Prag, 7. Nov. Bei einem vom Ministerpräsidenten Dr. Benesch zu Ehren des polnischen Ministers des Aeußern, Skirmunt, gegebenen Festmahl erklärte Dr. Benesch, er habe nach Abschluß des Handelsvertrags ein politisches Abkommen unterzeichnet, das der Tschechoslowakei und Polen eine gemeinsame Linie für ihre künftige Politik verschaffe, die diese beiden Länder definitiv einander näherbringe und Beziehungen dafür gebe, daß es zwischen ihnen keinen Konflikt mehr geben würde. Das gegen niemand gerichtete Abkommen solle auch einen Beweis der aufrichtigen Zusammenarbeit Polens und der Tschechoslowakei in der Durchführung der Friedensverträge bilden. — Minister Skirmunt erwiderte in gleichem Sinne.

Einigung der Großen und Kleinen Entente über die Entwaffnung Ungarns.

London, 8. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß die Großmächte und die Kleine Entente sich über das Verfahren bei der Entwaffnung Ungarns geeinigt haben.

zarte, weisse Haut u.  
en Teint erlangen u. er-  
wünscht sich nur mit der  
Lippenmilchseife  
mann & Co., Radbeul.  
Überall erhältlich.

ischen Hot  
Uhr abends

zur Laute

herr-München

Stuttgart

trag

tere für Schüler)

st Kirchherr.

er bietet

mit gutemgeachtet

Berndienst

immer in Eiche und

werden.

her Berndienst!

Nr. 257 an die

Stuttgart

schön und gut.

tenmann, Leder-

ermehl

Geflügelstutter

fen.

B.

Feldhasen,

Marder,

en Felle

n Preisen an.

Pforzheim

22. Sept. 1901

e fait neue

maschine

bertrieb) hat billig zu

Fr. Bläse,

gerstraße 281 1. Et.

ei Anzeigen

die uns

durch

ernsprecher

gegeben werden

kann

eine Gewähr

zu richtige

Wiedergabe

ernommen werden

Verlag des

lther Tagblattes.

Zu kaufen gesucht:

altes

Kindersesle

(Wangele). Wer, hat

schäftsstelle des B. u. S.

Neubulch.

en halbjährigen

chs-Hund

schwarz und gelb,

verkauft.

Martini, Feinst

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

**Das Erdnigpaar in Konstantinopel.**  
Paris, 9. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel ist der englische Kreuzer „Cardiff“ mit dem ehemaligen ungarischen Königspaar an Bord in Konstantinopel eingetroffen und sofort nach Gibraltar in See gegangen.

**Räumung Westungarns.**  
Budapest, 8. Nov. Wie das Ung. Korrespondenzbüro mitteilt, haben nach Oedenburger Meldungen die Insurgenten Westungarn gänzlich geräumt.

**Befriedigung in Bulgare.**  
Bularest, 8. Nov. Nach einer Meldung der Agentur Orient Radio ist man in Bulgare politischen Kreisen sehr befriedigt von dem die Habsburger vom ungarischen Thron ausschließenden Beschluß der alliierten Mächte. Dabei macht man in Bulgare durch aus keinen Unterschied zwischen verschiedenen Habsburgern.

## Ausland.

**Brand in Newyork.**  
Paris, 8. Nov. Nach einer Meldung aus Newyork ist Ministerpräsident Briand dort mit der französischen Delegation gelandet. Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ meldet von Bord des Dampfers „Lafayette“, Briand werde eine Botschaft an das amerikanische Volk richten. Die französische Delegation werde sich nach kurzem Aufenthalt in Newyork direkt nach Washington begeben.

**Die englische Denkschrift zum französisch-türkischen Sonderabkommen.**  
Paris, 9. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus London enthält das Memorandum über das französisch-türkische Abkommen von Anqora, englischen Quellen zufolge, in seinem ersten Teil allgemeine, im zweiten Teil besondere Erwägungen. Im ersten Teil wird erklärt, dieses Sonderabkommen sei mit einer tatsächlichen Entente nicht vereinbar. Im zweiten Teil wird hervorgehoben: 1) daß entgegen dem Frankreich übertragenen Mandat die Minderheiten keinen Schutz mehr genießen. 2) daß die in § 3 des Abkommens erwähnte Zurückziehung der französischen Truppen innerhalb zweier Monate dem englisch-französisch-italienischen Abkommen von London zuwiderlaufe, 3) daß nach dem Abkommen vom 20. Oktober die Eisenbahnlinien türkisch bleiben und die Garantien verlieren, die vorhanden waren, als sie noch ganz in der französischen Zone lagen. 4) daß die wirtschaftlichen Konzessionen dem Londoner englisch-französisch-italienischen Abkommen zuwiderlaufen. Die Denkschrift weist auch auf das Vorhandensein eines Geheimabkommens hin, welches festsetze, daß die Offiziere der Gendarmerie ausschließlich Franzosen sein sollten, während das veröffentlichte Abkommen vorsehe, daß die Offiziere sich aus Engländern, Italienern und Franzosen zusammenstellen.

**Die englische Presse zum Sturz der Reichsmark.**  
London, 8. Nov. Die Blätter besaßen sich in Telegrammen aus Berlin und in Artikeln mit dem Sturze der Mark. — Die „Times“ schreiben in ihrem Handelsteil, es bestie kein Zweifel, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei. In einem Leitartikel sagt das Blatt man behaupte, daß die Reparationen Schuld an dem Zusammenbruch seien. Wenn sie auch dazu beitragen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, was durch die Lasten bewiesen werde, daß ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Januar-Rate bezahle und zuzusehen, daß Deutschland die nötigen Schritte tue, um auskömmliche Werte zu erhalten, die für die Zahlung erforderlich seien. — „Westminster Gazette“ tritt in einem Leitartikel für die Streichung der Reparationen ein. Es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschaffe und gegen den Bankrott ein Veto erhebe. Großbritannien habe nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es auf die deutschen Reparationen verzichte.

## Deutschland.

**Der bayerische Ministerpräsident in Berlin.**  
Berlin, 9. Nov. Wie die Blätter erfahren, trifft der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in Berlin ein um mit den zuständigen Reichsstellen über verschiedene Bayern betreffende Fragen Rücksprache zu nehmen.  
Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge findet morgen beim Reichskanzler ein Staatsdiner statt, zu dem außer dem bayerischen Ministerpräsidenten der Reichspräsident, der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Preger, die Reichsminister und verschiedene Parlamentarier eingeladen erhalten haben.

**Zum Regierungswechsel in Preußen.**  
Berlin, 9. Nov. Wie die Blätter melden, verabschiedete sich gestern der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald von den Beamten des Ministeriums. Ministerpräsident Braun begrüßte sodann die Beamten und wies darauf hin, daß er im Gegensatz zu früher wo er das umfangreiche landwirtschaftliche Ressort neben der Ministerpräsidentenschaft zu verwalten hatte, seine ganze Kraft auf die Leitung des Staatsministeriums einstellen könne.  
Berlin, 9. Nov. Einer Korrespondenz-Meldung zufolge hat die preußische Zentrumsfraktion für den Posten des preußischen Wohlfahrtsministers den Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag Hirscher in Aussicht genommen.

**Die spanische Regierung fordert die Auslieferung der Mörder Dato.**  
Berlin, 8. Nov. Von der spanischen Regierung ist ein Auslieferungseruchen wegen der beiden in Berlin verhafteten Spanier, die des Mordes an Ministerpräsident Dato beschuldigt werden, eingegangen.

**Die Reparationskommission in Berlin.**  
Berlin, 7. Nov. (Amtlich.) Die deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der deutschen Regierung über die Durchführung

der vom Garantiekomitee in Ansehung des Zahlungsplans geeigneten Maßnahmen und ihrer Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

**Berlin, 8. Nov.** Die Blätter bestätigen die Pariser Meldung von dem bevorstehenden Besuch der Reparationskommission in Berlin. Die Kommission wird voraussichtlich am Mittwoch abend in Berlin eintreffen.

## Der Kulturkampf in Thüringen.

Weimar, 8. Nov. In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtags, die sich bis Mitternacht ausdehnte, wurde nach lebhafter Debatte die Regierungsvorlage angenommen, wonach das Reformationsfest als gesetzlicher Feiertag abgelehnt und der 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Aufhebung des Bußtages. — Die Thüringer Schuljugend ist am Reformationsfest demonstrativ nicht zur Schule gegangen.

Weimar, 8. Nov. Der thüringische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Bußtage als gesetzliche Feiertage beschlossen. Als Uebergangsmassnahme soll auf Wunsch Urlaub für die Lehrer und Schüler zum Kirchenbesuch gewährt werden. — Der Landtag vertagte sich darauf bis Anfangs Dezember.

## Schließung der Benzwerke in Mannheim.

Mannheim, 7. Nov. Wie der Verband der Industriellen mitteilt, wird die Firma Benz u. Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.G. in Mannheim, den Betrieb ihrer Automobilfabrik Dienstag früh einstellen und die gesamte Arbeiterschaft etwa 3500 Mann, entlassen. Als Grund zur Schließung der Werke werden fortgesetzte Demonstrationen der Arbeiterschaft angegeben, die mit Versammlungen auf dem Fabrihof, Eindringen in die Verwaltungsgebäude und Direktionsbureau und Bedrohung der Direktion verbunden waren, sowie die Montag früh erfolgte Mißhandlung und Verjagung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Benzwerke steht mit dem zur Zeit zwischen den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern schwebenden Verhandlungen über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

## Bermischte Nachrichten.

**Das Sturmwetter im Reiche.**  
Berlin, 7. Nov. Aus allen Teilen Deutschlands gehen Meldungen über Verwüstungen ein, die durch ein Unwetter angerichtet worden sind. In Kiel war der Sturm von starkem Hochwasser begleitet, das in der Stadt und in den Orten der Kieler Förde erheblichen Schaden verursachte. Eine Anzahl Fischerboote ist gesunken. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet, worüber nähere Nachrichten noch fehlen. Schneestreiben herrschte in Hannover und Dresden. Zahlreiche Telegraphen- und Fernspreckleitungen sind gestört. In Meissen ist die Stromversorgung unterbrochen. Stadt- und Landbesitz sind größtenteils ohne Licht. Im Riesengebirge liegt der Schnee bis ein Meter hoch.

**Papernappheit infolge Wagenmangels.**  
Berlin 2. Nov. Die „Vossische Zeitung“ weist darauf hin, daß infolge Mangels an Eisenbahnwagen in Mitteldeutschland und in Sachsen die meisten Papierfabriken stillliegen, da sie nicht in der Lage sind, ihre Fabrikate so abzurufen, wie es im Interesse einer regelmäßigen Papierbelieferung der deutschen Presse nötig ist. Das Blatt bezeichnet es als sehr wahrscheinlich, daß besonders die Berliner Zeitungen, die heute bereits unter Papierknappheit infolge der unregelmäßigen Belieferung leiden, in den nächsten Tagen ihr Erscheinen werden einstellen müssen.

Berlin, 4. Nov. Der Reichsverkehrsminister hat vor einigen Tagen angeordnet, daß Wagen für Zeitungsdruckpapier in den nächsten zwei Wochen mit Vorrang vor allen anderen Gütern zu stellen sind. Die Eisenbahndirektionen sind besonders angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Wagen nicht nur zur Beladung gestellt, sondern auch dringlich bis zum Bestimmungsort durchgeföhrt werden müssen.

**Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Oktober 1921.**  
Nach den vorläufigen täglichen Anzeigerungen ist die Kohlenförderung des Ruhrbeckens einschließlich der linksrheinischen (Jeden) in 26 Arbeitstagen auf 751 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Im September hat die Kohlenförderung 755 Mill. Tonnen in 26 Arbeitstagen betragen. Die arbeitstägliche Förderung wird sich voraussichtlich auf etwa 300 000 Tonnen stellen, gegen 302 000 T. im September und 298 800 T. im August 1921.

**Das Industriepropagandabüro.**  
Der vier Tage, mit einem Yonator ausgerüstete Segler „Schwalbe“ ging mit einer Industrieausstellung an Bord am 10. Oktober von Kiel aus in See, um in Dänemark, Schweden, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Ägypten Häfen anzulanden, und den Besuchern des Schiffs Zeugnis vom deutschen Industrielebens zu geben. Gleichzeitig bildete sich eine Künstlertruppe der Seehorngesellschaft an Bord, um in den genannten Ländern Aufnahmen für drei dramatische Filme und mehrere Vorträge zu machen. Das originale Unternehmen ist ein begrüßenswerter, von den Reichsbehörden unterstützter Versuch, der deutschen Auslandpropaganda neue Wege zu bahnen.

**Die Aluminiumerzeugung der Erde.**  
Seit Beginn des Weltkriegs hat die Aluminiumerzeugung der Erde stark zugenommen. Sie stieg von 68 000 Tonnen im letzten Friedensjahr auf 191 000 Tonnen im Jahr 1920. Der größte Teil entfällt in beiden Jahren auf die Vereinigten Staaten (28 000 und 73 000). Im Jahr 1913 stand an zweiter Stelle Frankreich mit 18 000 an dritter Stelle Deutsch-Österreich und die Schweiz mit 11 000 Tonnen. Im Jahr 1920 wurde die zweite Stelle von Deutschland mit 40 000, die dritte von Deutsch-Österreich und von Norwegen mit 16 000, die vierte von Großbritannien mit 12 000 und die siebte von Italien mit 9 000 Tonnen eingenommen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. November 1921.

### Deutsche Volkslieder zur Laute.

(Am Freitag abend 8 Uhr wird die Kammerlängerin Tong Eid (München-Stuttgart) im Saal des „Badischen Hofs“ deutsche Volkslieder zur Laute zum Vortrag bringen. Die uns vorliegenden Pressstimmen lassen uns die Künstlerin empfehlen. Sie besitzt als Sängerin und Lautenspielerin den besten Namen. Dem Konzert voraus geht ein einleitender Vortrag. Die Lieberfolge verspricht Reichhaltigkeit und Schönheit: Geistliche Volkslieder, Balladen, Kinderreime, Tanzlieder aus Schwaben (Mundartdichtung).

**Vom Lagerhaus des landw. Bezirksvereins.**  
Der landwirtschaftl. Bez.-Verein Calw hat auf dem hiesigen Bahnhofs nach dem Vorgang vieler anderer Bezirke des Landes, ein Lagerhaus erstellt, das dazu dienen soll, seine Mitglieder mit Kunstdünger, Futtermitteln, Saatgut etc. zu versorgen, wie auch landwirtschaftl. Produkte von denselben anzukaufen direkt an die Konsumenten abzugeben und dadurch die so notwendige Brücke zwischen Stadt und Land herzustellen.

Dank dem Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung ist es möglich geworden, das Haus so praktisch und vorteilhaft an dem Geleise zu erbauen, daß das Ausladen von ganzen Waggons leicht und rasch erfolgen und die nicht unbedeutenden Abfuhrkosten erpart werden können. Dank aber auch dem Eifer des Vereinsvorstandes und Landtagsabgeordneten W. Dingler, welcher sich um das Zustandekommen des Hauses fleißige Verdienste erworben hat. Das Haus ist im Innern geräumig und dürfte seiner Bestimmung genügen. Das Neubaue macht einen hübschen und gefälligen Eindruck und hebt sich vorteilhaft gegen seine Umgebung ab. Die günstige Lage und die bequeme Zufahrt lassen einen regen Verkehr erhoffen.

### Die neue Schulgeldordnung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund des Schulgeldgesetzes vom 8. August 1921 hat das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens nach Beratung mit den Vertretern des Städte- und Gemeindetags die Schulgeldordnung für die höheren Schulen, die Bürgerschulen und Mittelschulen erlassen und in der neuesten Nummer seines Amtsblatts veröffentlicht. Die neue Ordnung hat im allgemeinen die bewährten Bestimmungen der alten Schulgeldordnung vom Jahr 1912 übernommen. Die Schulgebühren sind erhöht worden und betragen für die höheren Schulen 150—300 M. für die Bürgerschulen und Mittelschulen 72—90 M. Der für Nachlässe (Freistellen) vorgesehene Teil der Schulgebühreneinnahmen ist von 10 auf 20 Proz. erhöht worden. Ferner ist bestimmt worden, daß wenn der vorhergehende Anteil für die Schulgebühreneinnahmen nicht voll in Anspruch genommen wird, der nicht verbrauchte Teil an die Schule zur Verwendung für Schülerwohlfahrtspflege abzuführen ist. Während die alte Schulgeldordnung nur für die staatlichen höheren Schulen verbindlich war und für die in der Unterhaltung der Gemeinden stehenden Schulen nur als Musterfassung galt, deren Einführung den Gemeinden freistand, ist die neue Schulgeldordnung auf Grund des Schulgebührengesetzes für alle Schulen verbindlich. Für die Gewerbe- und Handelsschulen sind Schulgebühren von 24—72 M. für die Frauenarbeitschulen von 120 bis 240 M. im Jahr vorgelesen.

### Zur Neuordnung der Ruhegehälter.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zu dem begreiflichen Drängen der Pensionäre auf Ausbezahlung ihrer erhöhten Bezüge ist darauf hinzuweisen, daß an der Ausführung des Pensionergesetzes seit seiner Erlassung unter Inanspruchnahme aller verfügbaren Kräfte mit aller Beschleunigung gearbeitet wird. Wenn es trotzdem noch nicht gelungen ist, alle Fälle zu erledigen, so liegt das im wesentlichen an deren großer Zahl von 7500. Abgesehen von den früheren Verkehrs- u. Steuerbeamten, sowie den Volksschullehrern erfolgen sämtl. Einweisungen durch das Finanzministerium, nachdem, soweit es sich um frühere Angehörige handelt, letztere deren Einstufung in die Gehaltsordnung vorgenommen haben. Die Einweisung der Ruhegehälter- und Pensionberechtigten in die neuen Bezüge wird nun in wenigen Wochen durchgeführt sein. Vor Gewährung weiterer Abschlagszahlungen muß im eigenen Interesse der Pensionäre abgesehen werden, da durch die allgem. verwilligten Vorstöße sich bereits vielfach Ueberzahlungen ergeben haben und da durch die Berechnung weiterer bevorz. Vorstöße sich nur die Erledigung der Einweisungen im übrigen verzögern würde.

### Der Sturm vom Sonntag.

Das winterliche Spätherbstgewitter am Sonntag nachmittag brachte da und dort im Land recht erhebliche Sturmchäden. Vereinzelt wurden Bäume umgerissen, Telefonleitungen zerstört, Telegraphenstangen geknickt, Dächer beschädigt usw. Zwischen Biberach und Ulm mußte der Abendzug auf offener Strecke halten, weil Telegraphenmasten über dem Geleise lagen. Bei Wolfegg wurde ein großer Stadel umgerissen, bei Lentrich ein Heustadel. In Laupheim schlug der Blitz drei Gänse tot, die im Bach vor dem Amtsgericht badeten. In Buchau fiel Schnee. Auf dem Bodensee hatte der babilische Dampfer Greif von Lindau nach Friedrichshafen eine schwere Fahrt zu bestehen. Alles, was nicht niet- und nagelsteif war, wurde an Bord des Schiffes umhergeschleudert. Die Fahrgäste flohen wie Gummibälle mit den Stühlen von einer zur andern Seite des Schiffes. Es gab viele Seetränke. Ein 20jähriges Mädchen wurde während der Fahrt bewußtlos, es mußte in Friedrichshafen ins Krankenhaus gebracht werden. Den Messebuden in Lindau mit ihrem Hitzestrom wurden vom Sturmwind übel mitgepielt. — Erhebliche Störungen wurden auch an den elektrischen Stromleitungen angerichtet. So war z. B. die Filder in der Nacht zum Montag ohne Licht. In Weilmünster stürzte ein Holzgerüst zum Einsturz aus zusammen. — Witterungsercheinungen mit Donner und Hagel im November sind eine Seltenheit. Nach der alten Bauernregel heißt es: Später Donner, früher Hunger.

Paufende  
1. Alle G  
dem 1921. v  
gehe vom 18.  
erlassenen M  
Nr. 2 genann  
wärtigen T  
1. August 19  
2. Von de  
genommen: a  
lediglich au  
Dienstleistungen  
sind (Kapitel  
weniger als  
offiziere und  
vor dem 1921  
3. Die Te  
geht und ur  
spruch auf di  
Es erhält  
verpflichtung  
(Schwerbeich  
und daneben  
zu sorgen hat  
b. wenn er i  
Erwerbsfähig  
jede W  
und daneben  
des § 37 Abf  
jede Wa  
jeder G  
Empfänger  
werbsfähigke  
einen Leuerer  
sigen Zuschü  
Die Leuer  
Rechnung des  
aufschießend  
diejenigen, w  
Wohnen beih  
wiefen.  
Die U  
Belastung  
dem die Gem  
Empfänger  
Unterstützung  
fügung hin  
kommen des  
den Betrag  
Beitrag von  
Mark erreicht  
zu unterhalte  
Kind ausgez  
Mittel steht  
meinden, ein  
Drittel vom  
desbehörde h  
zu gewähren.  
die Gemeinde  
bei der ober  
anzumelden  
sprach sich de  
neben das  
weder müsse  
pflichteten P  
Belgen aus  
Redner warf  
der Lage sei  
Der Vertreter  
den Standpu  
Unmögliches  
treter des Re  
ber zu dieser  
Redner der  
stellten sich  
Vertreter der  
sicherung wei  
treter infert  
spiellen Seit  
kommen des  
graphen noch  
Im Stutt  
feldt-Berlin  
Ueberführung  
nächsten Aug  
Volksleuten  
fahrtsamer  
Deutschlands  
Leidende und  
Kreuzes, beio  
ntennung au  
ste über die  
über Kon  
sonders über  
General v. S  
Redner.



**Bezirks-Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.**

Im Hinblick auf den heutigen Artikel betr.  
**„Laufende Feuerungszuschüsse“**  
 wollen sich die in Betracht kommenden an folgenden Kaffeentagen melden.

Montag, den 14. November, Mittwoch, den 16. November, und Freitag, den 18. November, je Vormittags von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

Legte Rentenbescheide sind mitzubringen; ferner haben die verheirateten Kriegsbeschädigten, sowie die Hinterbliebenen sowohl einen Familienregisterauszug, als auch von der Ortsbehörde einen Ausweis darüber beizubringen, daß Betreffende nicht im Erwerbsleben stehen.

Ohne diese unbedingt nötigen Unterlagen wird kein Zuschuß ausbezahlt.

Um die Auszahlung möglichst schnell und glatt abwickeln zu können, bitten wir, sonstige Besuche an den genannten Kaffeentagen zu unterlassen.

Diejenigen, welche nicht selbst kommen können, wollen die Unterlagen sofort an die Bezirksfürsorgestelle einsenden, damit ihnen der Betrag überwiesen werden kann.

Der Geschäftsführer: Staab.

**CALW Saal des Badischen Hot**  
 am 11. November, 8 Uhr abends

**Deutsche Volkslieder zur Laute**

gesetzt von  
 Kammervirtuos Heinrich Scherrer-München  
 gesungen von

Kammersängerin Tony Eick-Stuttgart

Einleitender Vortrag

Karten zu 5, 3 und 2 Mark (letztere für Schüler) bei der Buchhandlung Ernst Kirchherr.

Am Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Rögle“ Stammheim, bringt die Schützengesellschaft Calw ihre

**Wiesen auf der Steinrinne,**  
 19 Parzellen im Wechgehalt von 3 ha 91 a zur

**Neuverpachtung.**

Die Pachtbedingungen können beim Schriftführer, Kaufmann Carl Reichert, Wiltlere Brücke, Calw eingesehen werden.

Calwer Schützengesellschaft.

Forstamt Hirsau.  
**Reigholz-, Stockholz- u. Laubstreu-Verkauf.**

Am Samstag, den 12. November, nachm. 4 Uhr werden im „Löwen“ in Hirsau ans Staatswald Bruderberg und Kohlberg 7 Kubica Scheiter und Brügel, aus Versteigerungsbescheid b. Überreichung 112 Kub. Stockholz, sowie die Laubstreu von den Wegen in Lützenhardt, Dittenoronerberg und Altbürgerberg verkauft.

Ein grau-weiß, schwarzgestreiftes, halbgewachsenes

**Räzchen**  
 hat sich verkauft.

Bitte abzugeben  
 Marktplatz 46, 1 St.

**Puppen**

werden rasch und sauber  
**Haar-Perücken**  
 gemacht bei

J. Odermatt,  
 Friseur beim Bahnhof.

**!! Puppen-Klinik !!**

Bad Liebenzell.

Meine verehr. Kundschaft wird höflich gebeten, Puppen zum Reparieren fruchtig abzugeben. Perücken sowie sämtl. Ersatzteile auf Lager. Bestellungen auf Haarperücken aller Art. werden angenommen.

Für Vereine empfehle ich mich besonders im „Theaterfrisieren“ bei allen Festlichkeiten.

Karl Genthner, Theaterfriseur.

**Besichtigen-Sie**

ehe Sie einkaufen mein auswahlreiches Lager in  
**Damen-Hüten u. Pelzwaren**  
 Neu- und Umarbeiten von Hüten und Pelzen in bekannt tadelloser Ausführung.  
 Umpressen v. Damen- u. Herren-Hüten schnellstens.

**Friedr. Dann, Pforzheim,**  
 Zerrennerstrasse 12. Fernsprecher 2244.

**Deutschland und das angelfächfische Weltherrschaftsziel**

von  
**Otto Seltmann**

geheftet Mk. 22.—.

**Inhaltsverzeichnis:**

**Einleitung**

Die Teilnehmer am Weltkrieg  
 Deutschland. Ein geschichtlicher Rückblick  
 Bismarck  
 Die innere Entwicklung Deutschlands  
 Die Staats- und Gesellschaftsordnung in England u. Frankreich  
 Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870  
 Zentrum und Papsttum  
 Der Sozialismus  
 Die Auswirkungen d. Erziehungsmethoden der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung  
 Die deutsche Presse  
 Die Idee der Demokratie  
 Die Judenfrage  
 Die Entwicklungstendenzen der modernen Volkswirtschaft  
**Der nationale Gedanke**  
 China  
 Rußland  
 Die japan. national. Erziehungsmethoden in Deutschland

Die Kriegsschuldfrage  
 „Verständigungs-“ oder „Sieg-“ Frieden  
 Die Ursachen der Revolution  
 Deutschlands Außenpolitik seit 1871  
 Das Propagandamittel d. „Völkerrecht“  
**Amerika und Japan**  
 Das amerikanische Volk und die amerikanische Politik  
 Japan  
 Die angelfächfische Weltherrschaftspolitik  
 Die letzten Vorbereitungen der Entente zum Kriege  
 Die angelfächfische Politik während des Krieges  
 Der Waffenstillstand  
 Der Charakter der Friedensbedingungen  
 Der fortdauernde „moralische“ Krieg gegen Deutschland  
 Der „Völker-Bund“  
 Des deutschen Volkes Recht und Hoffnung.

Erhältlich in den Buchhandlungen.

**Volkschriften-Verlag Calw.**



**Wir drucken**

PLAKATE  
 FORMULARE  
 ZEITSCHRIFTEN  
 KATALOGE, PROSPEKTE  
 WERTPAPIERE  
 ZIRKULARE  
 WERKE

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**

Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

Bin unter

**Nr. 103**

an das Fernsprechnetz angeschlossen.  
**Zahnpraxis Lulbrand.**

Suche per sofort oder 1. Dezember für Landwirtschaft 15-18 jährigen

**Jungen.**

B. Hummel, Grunbach, Station Unterreichenbach.

**Gemeinnütziger Siedlungsverein Calw e. G. m. b. H.**

Am nächsten Freitag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus des Badischen Hofes eine

**Mitglieder-Versammlung**

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstands über die Tätigkeit des Vereins in der abgelaufenen Bauperiode.
  2. V. sprechung des Bauprogramms für das Jahr 1922.
- Die Mitglieder des Vereins, insbesondere solche, welche die Absicht haben im kommenden Jahr zu bauen, sind herzlich eingeladen.

Die eingegangenen

**Wettbewerbsentwürfe** für die Kapellenberg- bebauung

sind am Freitag Nachmittag von 2-5 Uhr und am Sonntag, den 13. ds. Mts., vormittags von 10-12 Uhr in genanntem Lokal öffentlich ausgestellt. Zur Führung und Erläuterung der Pläne wird an beiden Tagen ein Herr des Stadtkamrats anwesend sein.

Eintritt für Jedermann frei!

Calw, den 8. November 1921.

Der Vorf. des Aufsichtsrats: Der Vorf. des Vorstandes: Böhrer. Staudenmeyer.

**Herzliche Einladung**

zu den  
**Evangelisations- Versammlungen**  
 im Missionshaus Liebenzell

von  
 Prediger Eick-Alt.

Täglich nachmittags 4 Uhr:

**Bibelstunde**

und abends 8 1/2 Uhr:

**Evangelisation.**

Schluß Sonntag Abend 8 Uhr.

Thema:

Mittwoch Abend: „Ist der Glaube an die Bibel eine Torheit?“

Donnerstag Abend: „Können wir heute noch an die Wunder der heiligen Schrift glauben?“

Freitag Abend: „Ist mit dem Tode wirklich alles aus?“

Eintritt für Jedermann frei!

**Friedr. Klais, Schneider-Magold**

**Pelerinen, Ulster, Neberzieher, Lodenjuppen, Herren- u. Knaben-Anzüge**  
 einzelne Hozen in Samt, Englischleder,  
**Arbeitskleider**  
 und vieles noch bei schöner Auswahl.  
 Bitte genau auf meine Firma zu achten!

**Bezirksvertreter**

auch Frauen, welche Private besuchen oder besuchen lassen, können leicht

**100-200 Mk. täglich verdienen.**

Jede Hausfrau ist Käuferin. Erford. nur kleines Lager ca. Mk. 800.—. Nur solche Leute wenden sich schriftlich an

**E. Albert, Stuttgart, Ka. z. i. i. r. 11.**

Einen sehr gut erhaltenen verstellbaren, eichenen

**Schreibpult**

hat zu verkaufen.

Hauptlehrer

**Gröbinger, Gehingen.**

Zwei gute

**Schwarzwaldb-Ziegen**

verkauft gegen Barzahlung

**E. Kalschreuter, Hirsau.**

Breitenberg.

Einen starken 10 jährigen veriraufen

**Einspanner**

(Braunwallach)

verkauft

**Jakob Stoll.**

Feinste

**Eiernudeln**

pro Pfd. 8 Mk., feinstes

**Weizenmehl**

Nr. 00, pro Pfd. Mk. 4.50, empfiehlt

**Paul Burkhardt,**

Bäckerei- und Metzgerei.

Für kinderlosen Haushalt wird ein im Köchen vollständig selbständiges

**Mädchen,**

das auch einige Hausarbeit übernimmt bei hohem Lohn für dauernde, angenehme Stelle gesucht.

Frau Emil Suedes, Fabrikant, Pforzheim, Bahnhofstraße 28.